

BETWEEN POLITICS AND CULTURE:
NEW PERSPECTIVES ON THE HISTORY OF THE
BOHEMIAN LANDS AND THE FIRST CZECHOSLOVAK
REPUBLIC (1880s-1930s)

Unmittelbar nach 1989 erfreute sich die Geschichte der böhmischen Länder zur Zeit der späten Habsburgermonarchie und der Ersten Republik großer Aufmerksamkeit, und das nicht nur als bevorzugtes Forschungsfeld, sondern auch als Projektions- und Inspirationsraum für die Gegenwart. Der ungebrochene Boom der Zeitgeschichtsforschung, der in den neunziger Jahren einsetzte, scheint mitunter fast vergessen zu machen, dass auch die Auseinandersetzung mit der tschechischen/böhmischen Geschichte vor dem Zweiten Weltkrieg seither auf hohem Niveau weitergeführt wurde. Insofern war die Tagung, die das Masaryk-Institut der Tschechischen Akademie der Wissenschaften in Prag und der Lehrstuhl für Deutsche und Österreichische Studien an der Prager Karlsuniversität am 30. und 31. Mai 2014 in Kooperation veranstalteten, längst überfällig. Dass ein großes Interesse daran besteht, Bilanz über den aktuellen Stand der Forschung zu ziehen, so die Initiatoren Ines Koeltzsch und Ota Konrád, habe bereits das Echo auf den Call for Papers erwiesen. Folglich wurde aus dem geplanten kleinen Workshop eine zweitägige Konferenz, auf der Mitarbeiter/innen der beiden beteiligten Institutionen und Forscher/innen aus dem In- und Ausland ihre Arbeiten zur Diskussion stellten. Unter den Präsentationen überwogen kulturgeschichtlich angelegte Dissertationsprojekte zu den großen Themen des ausgehenden 19. und frühen 20. Jahrhunderts: zur Konzeption und Konstruktion von (nationalen) Gemeinschaften und deren Verflechtungen in einer internationaler werdenden Welt, der Modernisierung und Mobilisierung von Gesellschaft durch Technik, Wissenschaft und neue soziale Organisationsformen sowie zur Frage nach der Rolle, die der Staat und seine Institutionen für diese Entwicklungen spielten.

Einführend stellte Daniel E. Miller (West Florida) mit dem auf Arend Lijphart zurückgehenden Modell der Consociational Democracy ein Analyseinstrument für die Integrationsfähigkeit und Entwicklungspotentiale von Staatswesen vor. Dieses Modell, mit dem Miller und Kollegen ein großes Sample von Staaten einem diachronen Vergleich unterziehen, geht von neun Indikatoren wie Mehrparteienregierungen, Minderheitenrechten und sozialen Unterschieden in der Gesellschaft aus. Bereits die Habsburgermonarchie habe, so Miller, bei all ihren strukturellen Defiziten eine deutliche Entwicklungstendenz in Richtung Demokratie aufgewiesen; die Erste Tschechoslowakische Republik verfügte dann über den größten Teil der positiven Faktoren, die Staaten entwicklungsfähig machen. Sich dies zu vergegenwärtigen, so Cythia Paces (New Jersey) in der Debatte, helfe, das negative Bild dieser Republik als eines „gescheiterten Projekts“, das in den letzten Jahren die lange sehr positive Sicht der englischsprachigen Forschung verdrängt habe, erneut auszubalancieren.

An diese Diskussion knüpfte Benjamin Conrad (Mainz) direkt an: In der Zwischenkriegszeit war nur in drei Ländern mehr als eine Sprache im Parlament zugelassen. Die ČSR bildete mit sieben Sprachen die absolute Spitze. Conrad diskutierte, warum die deutschen Parlamentarier trotz dieser liberalen Regelung ihr Rede-

recht im Parlament kaum wahrnahmen und selten Ausschüssen vorsäßen, und verglich das tschechoslowakische Fallbeispiel mit Lettland. Auch hier war es den Deutschen gestattet, im Parlament ihre Muttersprache zu verwenden – anders als in der ČSR lernten sie dort aber rasch die offizielle Staatssprache. Als einen möglichen Grund für diese Differenz nannte Conrad die unterschiedliche Attraktivität der neuen Staaten für die dort lebenden Deutschen: Gemessen am zaristischen Russland stellte das eigenständige Lettland für seine deutschen Bürger einen großen Fortschritt dar. Der Platz, den die offizielle Staatsideologie der Ersten Tschechoslowakischen Republik „ihren Deutschen“ zuwies, erschien diesen indessen wenig attraktiv.

Mit der Entwicklung dieser Staatsidee befasste sich Johannes Gleixner (München, Prag), der dem Modernisierungsprozess nachging, welcher aus der Sympathisanten-gruppe um Tomáš G. Masaryk eine moderne politische Partei mit einem antiklerikal und national akzentuierten Programm machte. Er argumentierte, dass diese programmatische Schärfung, die zu einem guten Teil auch Resultat der Masaryk-Exegese durch seine Anhänger war, bereits einige der Grundkonflikte der späteren Republik anlegte – darunter auch die prekäre Stellung des politischen Katholizismus. Auch in der Erinnerungspolitik der neugegründeten Tschechoslowakei spielte die Religion eine kontroverse Rolle, das zeigte die Projektpräsentation von Eva Kalivodová und Vojtěch Kessler (Prag). Die katholischen Traditionen des Landes schienen mit den progressiven Narrativen und Ritualen, die die neue Republik repräsentieren sollten, nicht so recht vereinbar. Und während die ČSR in der Selbstdarstellung auf Unabhängigkeit, säkulare Modernität und Zukunft setzte, so Andrea Talabér (Budapest), erinnerte in Ungarn eine große Zahl staatlicher Feiertage an den territorialen Verlust und den Glanz vergangener Tage.

Die folgenden beiden Panels galten transnationalen Aspekten. Zuerst wurde mit der Genossenschaftsbewegung eine Organisation in den Blick genommen, die Teil eines internationalen Netzwerkes war und zugleich lokal, regional und national agierte (Torsten Lorenz, Prag). Zwei amerikanische Vereine, ihre Aktivitäten und Ableger in der Tschechoslowakei stellten die folgenden beiden Beiträge vor: den gerade unter Studenten sehr populären YMCA (Ondřej Matějka, Prag) und die Rockefeller Foundation (Marek Skovajsa, Prag), die sich beide die Erziehung zur Demokratie und die Pflege wissenschaftlicher Kontakte auf die Fahnen geschrieben hatten, ihre Tätigkeit aber 1938 bzw. 1948 einstellen mussten. Welche Auswirkungen die hohe Mobilität von Kantoren auf das Gesangsrepertoire der Prager Synagogen in der Ersten Republik hatte, untersuchte Martha Stellmacher (Hannover).

Mit Katharina Wesselys (Bern) Ausführung über die Elektrifizierung des Brünner Stadttheaters ging es zurück ins 19. Jahrhundert. Wessely interpretierte die Vorreiter-schaft Brünns, dessen Theater das weltweit erste mit einer ausschließlich elektrischen Beleuchtung war, als Beispiel einer asynchronen Modernisierung, an der sozusagen mitten in der Provinz auch internationale Fachleute ersten Ranges beteiligt waren. Während diese „Insel der Modernität“ weitgehend unbekannt blieb, avancierte das Eisenbahnnetz in der Tschechoslowakei der Zwischenkriegszeit zu einem zentralen Ort der Repräsentation: Neue Strecken sollten, wie Felix Jeschke (London) zeigte, nicht nur die verschiedenen Teile der neuen Republik vernetzen und es den Men-

schen ermöglichen, ihre Heimat zu „erfahren“, sondern auch Fortschritt und Demokratie transportieren. Ging es hierbei um eine Art Kolonisationsprozess im Inneren, spielten der Kontakt mit der außereuropäischen Welt und koloniale Phantasien eine wichtige Rolle für den Nationsbildungsprozess und das Selbstverständnis als „zivilisierte europäische Nation“. Fallbeispiele dafür brachten Filip Herza (Prag) mit der Ausstellung von „Wilden“ in Prag Ende des 19. Jahrhunderts und zu Beginn des 20. Jahrhunderts und Sarah Lemmen (Bremen) mit der Suche nach außereuropäischen Räumen zur (wirtschaftlichen) Expansion 1890-1938. Jindřich Toman (Michigan) wies in der Debatte darauf hin, dass Tomáš Batas Dependancen in Indien und Südamerika zu den seltenen Projekten gehörten, die tatsächlich auch verwirklicht wurden – und zwar einschließlich des „Exports“ des in Zlín geschaffenen Modells von Arbeit und sozialem Leben.

Cynthia Paces stellte ihr neues Projekt unter dem Titel „The National Mother“ vor, in dem sie u. a. anhand von Ratgeberliteratur für Mütter Vorstellungen von Gesundheitspflege, Elternschaft und Erziehung im Dienste der Nation, aber auch neue Konzepte und Leitbilder von Weiblichkeit untersuchen wird. Sie verdeutlichte, dass die Mutter als Hüterin und Erzieherin künftiger Generationen auch als kompetente, gebildete Frau vorgestellt werden konnte, der gesellschaftliche Partizipation zugetraut und zugestanden wurde. Das Projekt verweist aber auch auf rassistische und eugenische Diskurse, die nach dem Ersten Weltkrieg in vielen Staaten Europas virulent wurden.

Dem Alltag in der Stadt Prag während des Ersten Weltkrieges wandte sich Claire Morelon (Paris, Birmingham) zu, die einen neuen Blick auf die Kriegserfahrung der tschechischen „Heimatfront“ einforderte. Entgegen der traditionellen Vorstellung, allein die Deutschen seien von der Mobilisierung für den Krieg erfasst worden, sprach Morelon von Aushandlungsprozessen über die Repräsentation von Loyalität, Patriotismus und Slawentum im öffentlichen Raum und dem Bemühen vieler tschechischer Bürger, ihre Anstrengungen und Opfer für den Krieg sichtbar zu machen, die erst ab 1917 abflauten. Dass nach der ersten, national extrem aufgeladenen Phase nach Republikgründung gerade auch in der Provinz und häufig gezielt den Augen der Öffentlichkeit entzogen ein Miteinander von Tschechen und Deutschen möglich war, demonstrierte Johannes F. Kontny (Wien) am Beispiel der Stadt Znojmo/Znojmo.

Im letzten Panel, das mit „Social Engineering“ überschrieben war, ging es um Kontrolle und Disziplinierung durch staatliche Institutionen und ihre langfristigen Implikationen. Zuerst stellte Volker Zimmermann (München) mit dem Diskurs über „Zigeunerkriminalität“ in den böhmischen Ländern zwischen 1867 und 1938 einen Aspekt seines Forschungsprojekts über Kriminalität und ethnische Zuschreibungen vor. Er wies einen Prozess der Verschärfung staatlicher Politik gegenüber als „Zigeuner“ klassifizierten Menschen nach, der von sonst verfeindeten politischen Lagern gemeinsam getragen wurde. Diese Radikalisierung im Umgang mit sozialen Randgruppen und die Bereitschaft des Staates, Zwangsmittel zur Durchsetzung „normaler Lebensformen“ einzusetzen, gipfelte in einem sehr restriktiven Gesetz gegen das „Vagabundieren“ von 1927, das in mehreren westeuropäischen Ländern als Vorbild gehandelt wurde.

Radka Šustrová (Prag) nahm das 1943 erschienene Kinderbuch „Frantík, kládivo a spol.“ als Grundlage für ihre Überlegungen zu Bestrebungen der deutschen Besatzer, Arbeit und Soziales im Dienste der Kriegsanstrengung zu rationalisieren. Dieser neue Begriff von Arbeit sei mit einem gewandelten Verständnis von der Rolle des Individuums in der Gesellschaft einhergegangen. Während Zimmermann für die zwanziger Jahre repressive Elemente identifizierte, die auf einer Ablehnung des „alt-österreichischen Liberalismus“ basierten, betonte Šustrová die langfristigen Auswirkungen der nationalsozialistischen Erziehung.

Mit der Frage, wie man solche Kontinuitäten und die zugleich bestehenden gegenläufigen Tendenzen in der Forschung sichtbar machen kann, waren bereits wichtige Stichworte für die Abschlussdiskussion gegeben. Die traditionelle Chronologie zu hinterfragen, bezeichnete Ota Konrád als ein Ziel der Konferenz; zudem sei es darum gegangen, anhand konkreter Fallbeispiele die Mehrdeutigkeit und Flüssigkeit von Kategorien wie der Nation herauszustellen, die sich gerade in dem Bedürfnis nach Abgrenzung vom „Anderen“, „Exotischen“, vermeintlich „Minderwertigen“ manifestiere. Ines Koeltzsch stellte fest, dass das Nationale zwar unverändert im Zentrum der Aufmerksamkeit der Forschungen zu den böhmischen Ländern und der Tschechoslowakei stehe, sich die Herangehensweisen aber deutlich verändert hätten. Gerade die zahlreichen Projekte, die sich der Mikroebene widmeten, und das Bemühen, die Geschichte der böhmischen Länder in ihren transnationalen und globalen Kontexten zu verstehen, habe einen qualitativen Sprung erbracht. Wenn heute – auch mit Blick auf die Verfasstheit des politischen Systems der Ersten Republik – wieder die integrative Seite dieses Staates betont werde, habe das nichts zu tun mit der verklärten Geschichtssehnsucht der frühen neunziger Jahre.